

## **Antrag**

**der Abgeordneten Cornelia Pieper, Ulrike Flach, Uwe Barth, Jens Ackermann, Dr. Karl Addicks, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Dr. Edmund Peter Geisen, Hans-Michael Goldmann, Miriam Gruß, Joachim Günther (Plauen), Dr. Christel Happach-Kasan, Heinz-Peter Haustein, Elke Hoff, Dr. Heinrich L. Kolb, Jürgen Koppelin, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Michael Link (Heilbronn), Horst Meierhofer, Burkhardt Müller-Sönksen, Jörg Rohde, Frank Schäffler, Dr. Konrad Schily, Dr. Max Stadler, Dr. Rainer Stinner, Carl-Ludwig Thiele, Florian Toncar, Christoph Waitz, Dr. Claudia Winterstein, Martin Zeil, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP**

### **Innovationen durch Investitionen – Sonderprogramm für die Wissenschaft zur Verbesserung der Kooperation mit der Wirtschaft (Forschungsprämie)**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Deutschland sieht sich auf dem so wichtigen Gebiet der Forschung und Entwicklung (FuE) sowie der Innovationen einem verschärften internationalen Wettbewerb ausgesetzt. Dabei muss es überall dort seine Chancen wahrnehmen, wo es als hoch industrialisiertes Land über die entsprechenden FuE- und Innovationspotenziale verfügt. Hierbei ist entscheidend, wie gut es Staat und Wirtschaft gelingt, die Bedingungen für einen schnellen und effizienten Transfer von Ergebnissen aus Forschung und Entwicklung in innovative und marktgerechte Produkte zu schaffen.

Die Wirtschaft in Deutschland wendet derzeit für FuE 47,63 Mrd. Euro auf, wovon sie etwa 16,5 Prozent, also 7,692 Mrd. Euro (2004), für externe Forschungsaufgaben verwendet.

Davon partizipiert die Drittmittelforschung an Hochschulen mit ca. 7 Prozent, also 484,72 Mio. Euro, und die außeruniversitäre Forschung an öffentlichen und gemeinnützigen Forschungseinrichtungen mit ca. 4 Prozent, also 276,72 Mio. Euro.

Immer mehr Staaten haben zusätzlich zu einer FuE-Projektförderung breitenwirksame Förderinstrumente – wie die steuerliche FuE-Förderung – zur Stimulierung des Forschungsengagements der Unternehmen eingeführt. Beispielgebend hierfür sind die USA, Kanada, Mexiko, Australien, die Republik Korea, Spanien, Portugal, Irland, Großbritannien, Österreich, die Niederlande und Frankreich.

Japan hat seit 2002 seine FuE-Förderung zum überwiegenden Teil von der Programmförderung hin zu einer steuerlichen FuE-Förderung umgestellt.

In Deutschland gibt es bislang keine vergleichbaren Ansätze, was längerfristig einen Wettbewerbsnachteil für den Forschungsstandort Deutschland bedeutet. Eine indirekte FuE-Förderung ist – wenn sie zielgenau auf den Ausgleich bestehender Schwächen des nationalen Innovationssystems ausgerichtet ist – effizient, flexibel, bedarfsgerecht und unbürokratisch.

Die Einführung einer Forschungsprämie ist eine Komponente in einem notwendigen Bündel an Maßnahmen zur Lösung des Problems. Der Staat zahlt den Hochschulen sowie den öffentlichen und sonstigen gemeinnützigen Forschungseinrichtungen, die eine Kooperation mit einem Unternehmen eingehen oder einen Forschungsauftrag einwerben, eine Prämie. Dadurch erweitert sich der finanzielle Gestaltungsspielraum der Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Flexibilität wird belohnt und ein Anreiz gegeben, Forschungsfragen aus der Wirtschaft aufzugreifen und auf die Unternehmen zuzugehen. Über die Verwendung der Forschungsprämie entscheiden die Zuwendungsempfänger eigenverantwortlich.

Die Forschungsprämie kann schnell und gezielt vergeben werden und verkürzt die den Innovationszyklus für forschungsintensive Unternehmen. Die Freiheit der Themen- und Partnerwahl stellt eine marktkonforme Maßnahme dar. Gerade für kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) ist das der administrativ einfachste Weg einer Beteiligung an Forschungsk Kooperationen mit der Wissenschaft, da sie an den externen Forschungs- und Entwicklungsausgaben ansetzt. Die administrativ einfache Durchführungsweise stellt einen wichtigen Beitrag zum Abbau von Bürokratie dar.

Eine Forschungsprämie würde den Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Unternehmen begünstigen, da FuE-Aufwendungen der Wirtschaft an die Wissenschaft zusätzlich motiviert werden.

So wird im „Ergänzenden Bericht zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands 2003-2004“ eine indirekt wirkende „FuE-Zulage“ zusätzlich zu den bereits bestehenden Förderinstrumenten gefordert. Auch der aktuelle „Bericht zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands 2006“ spricht sich für ein indirekt wirkendes Instrument zur Förderung der Anzahl FuE-treibender Unternehmen – besonders bei KMU – aus. Von der Industrie sprechen sich neben dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und dem Verband der Chemischen Industrie (VCI) auch der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK), Verband Deutscher Maschinen- und Anlagebau (VDMA), Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie (ZVEI) und die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) für die Einführung einer Forschungsprämie aus.

Die Forschungsprämie sollte in Höhe von 25 Prozent der externen Forschungsausgaben der Wirtschaft für Forschungen an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen im Zuge der Mittelbewirtschaftung des Haushaltes des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zur Verfügung gestellt werden.

Die Forschungsprämie kann nur dann einen wirklichen Anreiz bieten, wenn nicht zugleich andere Förderbereiche reduziert werden. Dies gilt für die Förderung der öffentlichen Forschungslandschaft ebenso wie für die die KMU-Forschungsförderung. Förderprogramme wie Pro Inno II bieten gerade für KMU wegen der freien Themenstellung einen Anreiz, in FuE zu investieren, erreichen aber mit ihrem Antragsverfahren nur einige tausend Unternehmen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. durch die Einführung einer Forschungsprämie für forschende Unternehmen in Deutschland die wettbewerbsrelevanten Aufwendungen der einzelnen Unternehmen für externe Forschungsaufträge an öffentlich finanzierte Hochschulen, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen und sonstige gemeinnützige Forschungsinstitute zu stärken;
2. dafür Sorge zu tragen, dass das Instrument der Forschungsprämie nicht durch andere Fördermaßnahmen für die Wirtschaft und insbesondere für KMU gegenfinanziert wird. Das Programm Pro Inno II ist fortzuführen.

Berlin, den 27. Juni 2006

**Dr. Guido Westerwelle und Fraktion**

### **Begründung**

Solange in einigen Mitgliedstaaten der EU oder Drittstaaten – abweichend von Deutschland – sowohl niedrigere Steuersätze gelten als auch beträchtliche steuerliche Forschungssubventionen gewährt werden, ist die Politik gefordert, einen Ausgleich zu schaffen.

Im Rahmen der Umsetzung ihrer Lissabon-Strategie forderte die EU die Mitgliedsländer auf, eigene nationale Förderstrategien für angewandte Forschung zu entwickeln. Der drastische Rückgang der staatlichen FuE-Beteiligung in Deutschland ist nicht unkritisch, wenn man an die Hebelwirkung der öffentlichen FuE-Förderung denkt. Denn durch jeden Euro staatlicher FuE-Finanzierung werden im Schnitt ungefähr in gleicher Höhe Mittel für FuE in der Wirtschaft mobilisiert.

Die Unternehmen werden sich mit risikoreichen Neuentwicklungen und Investitionsentscheidungen für deutsche Standorte eher zurückhalten. Das gilt vor allem für kleine und mittelständische Unternehmen, die ihr Forschungs- und Entwicklungs- und Innovationsverhalten sehr stark an den nationalen Rahmenbedingungen und an den Signalen der binnenwirtschaftlichen Nachfrage orientieren.

Mit Blick auf eine sich viel zu langsam vollziehende Konjunkturentwicklung in Deutschland muss heute nach wirksamen Anreizmechanismen für Forschung und Entwicklung in den Unternehmen gesucht werden, die den von den Unternehmen empfundenen Standortnachteilen entgegenstehen.

Forschungsinvestitionen bedeuten für Unternehmen oft schon wegen ihrer Langfristigkeit ein hohes Investitionsrisiko. Sie sind aber ebenso mit wichtigen externen volkswirtschaftlichen Effekten verbunden, die ohne staatliche Förderung im unternehmerischen Kalkül keine ausreichende Berücksichtigung finden können. Außerdem folgen die meisten Industrieländer den Ergebnissen der Innovationsforschung und erleichtern den Einsatz privater Mittel in der Forschung, um Innovationen vorzubereiten. Unter diesen Gesichtspunkten muss auch Deutschland den Einsatz privater Mittel für Forschung und Entwicklung stärker fördern. Dabei muss es sowohl eine themenfokussierte Forschungsförderung geben, die die Leitvisionen unterstützen, als auch eine breitenwirksame Förderung, die den Aspekt des internationalen Standortwettbewerbs in Forschung und Entwicklung Rechnung trägt.

